

Protokoll des

Workshops „Bildung als zentrales Handlungsfeld sozialräumlicher Integration von Migranten und Migrantinnen“ im Verbundvorhaben „Zuwanderer in der Stadt“ am 5. April 2006, 10 - 17 Uhr im KA-Eins in Frankfurt

Darmstadt, den 7.4.2006



Projektleiter: C. Kulenkampff



Protokoll: Sybille Münch

Inhaltsverzeichnis

1.	Nürnberg: „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“	2
2.	Essen: Konzept „Elternbildung“	2
2.a)	Elternbildungsprojekt „FuN – Familie und Nachbarschaft“	2
3.	Hamburg: Öffnung der Schulen zum Stadtteil – Billenetz	3
4.	Diskussion	3
5.	Sprachförderzentrum in Berlin Mitte.....	3
6.	Das BLK-Projekt „FörMig“	4
7.	QUIST – Qualifizierung im Stadtteil, Mannheim.....	4
8.	Diskussion	4
9.	Podiumsdiskussion: Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund	4

Anwesende:

- Baur, C.; Eberhard-Klein-Schule; Berlin
- Dörfel, K.; Ernst-Reuter-Schule II, Frankfurt a. Main
- Dworzak-Wannemacher, A.; Stadt Frankfurt, Amt für Wohnungswesen; Frankfurt a. Main
- Gehrling, B. ; Schulleiter Erich-Kästner-Schule; Frankfurt a. Main
- Grimm, Dr. G.; Projekt Zukunftsschule; Essen
- Haag, M.; Stadt Nürnberg, Sozialreferat; Nürnberg
- Kirchhoff, G.; Schader-Stiftung; Darmstadt
- Kulac, R.; Schulreferat/Fachberatung interkulturelle Pädagogik und Sprache; München
- Kulenkampff, C.; Schader-Stiftung; Darmstadt
- Maas, B.; Interkulturelles Bildungszentrum ikubiz; Mannheim
- Metzger, Dr.; Schulreferat/ Wissenschaftliche Mitarbeit und Schulentwicklung; Nürnberg
- Michel, U.; Universität Hamburg; Hamburg
- Michels, Beate ; Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung ; Mannheim
- Müller, W.; Bezirksamt Mitte von Berlin; Berlin
- Münch, S.; Schader-Stiftung; Darmstadt
- Nové, M.; Lehr- und Lernwerkstatt DaZ; Berlin
- Preelepp, R.; Hannover
- Püntmann, A.; Quartiersmanagement Nordweststadt; Frankfurt a. Main

- Reimann, B.; Difu; Berlin
- Sahota, J.-K.; Mozart-Grundschule; Mannheim
- Schachinger, A.; Humboldt-Grundschule; Mannheim
- Schatz, B.; Amt für Wohnen und Stadterneuerung; Nürnberg
- Schuleri-Hartje, U.; Difu; Berlin
- Schümer, G.; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung; Berlin
- Sellnow, R.; Amt für Wohnen und Stadterneuerung; Nürnberg
- Sorg, U.; Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ; München
- Spiegel, E.; Mitglied des Expertenforums; Heidelberg
- Tetz, H. ; Hannover
- Visse, G.; Stadtverwaltung, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung; Hannover
- Wermker, K.; Büro Stadtentwicklung; Essen
- Winter, R.; Billenetz/ Arbeit und Leben Hamburg; Hamburg
- Worofka, I.; Herbartschule; Essen
- Zehentmaier, D.; Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Hamburg

Auf eine ausführliche Darstellung der Referate soll an dieser Stelle verzichtet werden, da die Vorträge im internen Internetbereich zum Download zur Verfügung stehen. Dokumentiert sind hier lediglich die zentralen Aussagen und Diskussionsinhalte.

1. Nürnberg: „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“

Das vom BAMF geförderte Projekt „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ wird von Juni 2004 bis Mai 2007 in zwei sehr unterschiedlichen Nürnberger Stadtteilen umgesetzt und richtet sich an sozial benachteiligte Familien, vorwiegend solche mit Migrationshintergrund. Es soll Familien Unterstützung in Übergangszeiten (nach der Geburt, nach der Einschulung etc.) bieten und setzt dabei auf drei Faktoren:

- Frühkindliche Förderung
- Stärkung der Erziehungskompetenz
- Stadtteilbezug

Die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Beteiligung sei groß, diese Bereitschaft braucht

- Anerkennung
- Coaching und Konfliktmediation
- und Verlässlichkeit.

(Siehe Vortrag)

2. Essen: Konzept „Elternbildung“

Das Essener Lernwelt-Konzept für Elternbildung wird vom BMBF im Rahmen des Programms „Lernende Regionen“ gefördert, das die Netzwerkbildung unterstützen soll.

Beispiel:

2.a) Elternbildungsprojekt „FuN – Familie und Nachbarschaft“

Das Projekt wird an der Essener Herbartschule umgesetzt. Die dort unterrichteten Schüler haben zu 87 Prozent einen Migrationshintergrund, 60 Prozent sind türkische Kinder. Vor zwei

Jahren wurde die damals von der Schließung bedrohte Schule in eine offene Ganztagschule umgewandelt und bemüht sich seither, über verschiedene Förder- und Themen-AGs sowie die Kooperation mit der Menuhin-Stiftung und der Essener Philharmonie, um ein breites Angebotsspektrum für ihre Schüler. (Siehe Vortrag)

3. Hamburg: Öffnung der Schulen zum Stadtteil – Billenetz

Rüdiger Winter vom Billenetz unterstreicht angesichts des demographischen Wandels die Übertragbarkeit der Prämisse der finnischen Bildungspolitik auf die Situation in Deutschland: „Hoffnungslose Fälle können wir uns nicht leisten“. Eine Aneinanderreihung von Sonder- und Einzelmaßnahmen hält er für wenig zielführend im Hinblick auf eine integrative Schulpolitik. Das Projektengagement dürfe nicht zum Selbstzweck werden, denn eine Vielzahl von Maßnahmen und damit verbundene Konkurrenz um Projektförderung hemmten die Vernetzung und Kooperation. Schul- und Bildungspolitik müssten sich auch am Output, also an den Bildungsabschlüssen, die erreicht werden, messen lassen. Wichtig sei ein gebietsbezogenes Bildungsmanagement.

4. Diskussion

Herr Dörfel von der Ernst-Reuter-Schule II im Frankfurter Untersuchungsgebiet Nordweststadt formuliert die Befürchtung, eine Schule, die sich in einem benachteiligten Gebiet als Stadtteilschule versteht, werde zur „Restschule“. Stattdessen plädiert er dafür, dass die Schulen, gerade in „sozialen Brennpunkten“, ihre Anziehungskraft auch über die Stadtteilgrenzen hinaus bewahren müssen. Die anderen Teilnehmer betonen, dass der Begriff Stadtteilschule überhaupt nicht negativ konnotiert sei, sondern lediglich die Öffnung der Schule zum Stadtteil und ihre Vernetzung benenne.

Die Teilnehmer stellen heraus, dass es wichtig sei, dass die Schulen als Koordinationsinstanz erkannt worden sind, dass man ihnen aber nicht die gesamte Stadtteilentwicklung aufbürden dürfe, ohne sie ausreichend mit Ressourcen auszustatten.

Eine erfolgreiche Vernetzung in der Bildungs- und Stadtteilarbeit gelingt nach Ansicht der Teilnehmer dann, wenn kleine lokale Netzwerke auf eine zuverlässige Vernetzung in der Gesamtstadt treffen und eine hohe Kontinuität der Unterstützung auch auf Seiten der Stadt gegeben sei.

Frau Grimm stellt fest, dass Bildung mehr sei als Schule. Abschlüsse seien nicht die einzigen Outputfaktoren, an denen sich Schule messen lassen müsse. Es gehe auch um eine Verbesserung des Zusammenlebens. Ein weiterer Indikator für erfolgreiche Bildungsarbeit sei beispielsweise, wenn durch die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe stationäre Hilfen zur Erziehung an Bedeutung verlören.

Wolf Müller aus Berlin fordert die Anwesenden dazu auf, ihn gern – auch über die Projektgeschäftsstelle – auf erfolgreiche Maßnahmen hinzuweisen, wie „unerreichbare“ Familien erreicht werden könnten.

5. Sprachförderzentrum in Berlin Mitte

Michael Nové beschreibt die Bemühungen um Professionalisierung der Ausbildung für Deutsch als Zweitsprache. (Siehe Vortrag)

6. Das BLK-Projekt „FörMig“

Ute Michel stellt das Modellprogramm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund - FörMig“ vor (siehe Vortrag).

7. QUIST – Qualifizierung im Stadtteil, Mannheim

Beate Maas stellt das Projekt QUIST des interkulturellen Bildungszentrums ikubiz in Mannheim vor (siehe Vortrag).

8. Diskussion

In der Diskussion wird herausgestellt, dass die Phasen des Übergangs, z.B. auf die weiterführende Schule oder von der Schule in die Ausbildung besonders schwierig seien.

Ein weiteres Problem sei die mangelnde Ausbildung von Erzieherinnen in den meisten Städten, die die Chancen zum vorschulischen Spracherwerb mindere. Michael Nové unterstreicht, dass ein entsprechender Ausbildungsbedarf für „Deutsch als Zweitsprache“ zu spät erkannt worden und nun mit der schlechten Finanzlage der öffentlichen Hand konfrontiert sei. Eine besser Qualifizierung der Erzieherinnen, etwa durch einen Fachhochschulabschluss, wie er in anderen Ländern üblich ist, sei zwar wünschenswert, würde aber die Stellen der Erzieherinnen verteuern. Generell würden zahlreiche gute Ansätze an der Finanzierung scheitern.

9. Podiumsdiskussion: Bildungschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund

Christine Baur berichtet über ihre Arbeit an der Eberhard-Klein-Oberschule im Wrangelkiez in Berlin, der ersten so genannten „100-Prozent-Schule“, die ausschließlich von Kindern mit Migrationshintergrund besucht wird. Sie unterstreicht die Diskrepanz zwischen durchaus vorhandenem Bildungswunsch von Eltern und Kindern einerseits und deren völliger Apathie andererseits (siehe Vortrag). Folgende Maßnahmen hält sie für unbedingt notwendig:

- Berufsorientierung und Praxisklassen, die Selbstbewusstsein vermitteln
- Sozialpädagogische Begleitung
- Ganztagschulen
- Eine Schulform, die einen mittleren Abschluss ermöglicht.

Dr. Gundel Schümer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung betont die kognitiven und sozial-emotionalen Vorteile für Kinder aus bildungsnahen Familien. In der Bundesrepublik führe das Ideal leistungshomogener Gruppen zu einer demotivierenden Auslese der Schüler. Migranten machten im Laufe ihrer Schulzeit besonders häufig die Erfahrung der Ab- und Rückstufung, da sie sozial und ethnisch doppelt benachteiligt seien und ihre Eltern zudem häufig diesbezügliche Entscheidungen der Schule eher akzeptierten. Ein Schulsystem, das zur Auslese zwingt, schwäche das Selbstbewusstsein, da sich die Schüler an sogenannten „Restschulen“ durchaus ihrer düsteren Zukunftsaussichten bewusst seien.

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Staatssekretär im Bildungsministerium von Rheinland-Pfalz, stellt den Ansatz seiner Landesregierung vor:

Seit 1993 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Die durchschnittliche Inanspruchnahme liegt bei 93 Prozent. Um die Kindergartenbesuchsquote von sozial benachteiligten und zugewanderten Familien zu erhöhen, setzt man auf folgende Punkte:

- Aufklärung
- seit Januar 2006 ist das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei, stufenweise sollen alle weiteren folgen
- Sprachstandserhebungen und Schulung der Mitarbeiter.

Es wurden verbindliche Empfehlungen für alle Kitas (auch solche in freier Trägerschaft) erlassen. Die Erzieherausbildung wurde zur fünfjährigen Ausbildung auf Fachschulniveau reformiert. Förderverpflichtungen wurden für alle Schulen erlassen. Seit der Wahl vor fünf Jahren wurden 304 Ganztagschulen eingerichtet, 56 weitere werden folgen. Man setzt auf Schulsozialarbeit und weitere flankierende Maßnahmen.

Dr. Gaby Grimm stellt folgende Aussagen heraus:

- Es gibt punktuelle Kooperationen der Schulen, aber meist fehlt der finanzielle Rahmen.
- Es gilt, die Übergänge ohne Brüche zu erleichtern.
- Maßnahmen müssen lokalspezifisch sein.
- Die Schule in sozial benachteiligten Stadtteilen muss das Elternhaus kompensieren.
- Es bedarf integrierter Strategien für Schule, Jugendhilfe und Stadtentwicklung.
- Im Grundschulbereich sollte die verbindliche Ganztagschule gelten.
- Räumlichkeiten der Schule sollten effektiv, z.B. auch für Elternkurse, genutzt werden.

In der Diskussion wird betont, dass es beim Thema Bildung als Handlungsfeld der Integration von Migrantenjugendlichen um den sozialen Frieden und die Zukunft der Gesellschaft gehe. Zwar unterstreichen viele Teilnehmer, dass eine Schulstrukturdebatte dringend geführt werden müsse. Prof. Hofmann-Göttig weist jedoch darauf hin, dass die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems am Widerstand der (deutschen) Mittelschichtseltern scheitern werde.

Die Teilnehmer heben hervor, dass es eine stärkere Kultur der Anerkennung für Schüler, Eltern und Mitarbeiter an Schulen in benachteiligten Stadtteilen geben müsse. Es gilt, die Stigmatisierung aufzuheben und beispielsweise durch Praxisphasen im Unterricht das Selbstwertgefühl der Schüler zu stärken. Die mangelnden beruflichen Perspektiven gehen nach Aussage von Frau Baur besonders oft mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus einher, durch den die schon seit 15 bis 20 Jahren in Deutschland lebende Elterngeneration zu Apathie gezwungen werde. Die zeige sich vor allem bei den gewaltbereiten arabischen Jugendlichen an Schulen in Berlin-Neukölln und Kreuzberg.

Ein Problem in der Schulpolitik bestehe zudem darin, „Ungleiches gleich zu behandeln“. Die Förderung von Schulen in sozial instabilen Stadtteilen müsse über die Doppelzählung von ausländischen Schülern für Klassengröße und Lehrerschlüssel noch hinaus gehen.